

Projektbericht

Rente 65 in Peru

Auszahlung der Mindestrente auch an Asháninka-SeniorInnen

Verantwortlich: Jhenny Muñoz Hilaes, Mitarbeit: José Luis Granados Vilcapoma

Zeitraum: April 2014 bis Januar 2015

ZIEL

Gerechtigkeit statt Almosen. Durchsetzung der gesetzlichen Rentenansprüche zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Asháninka-SeniorInnen bis an ihr Lebensende.

BEGRÜNDUNG

Die heutigen Asháninka-SeniorInnen waren früher in ihren Dorfgemeinschaften wichtige Impulsgeber.

In den 80-90iger Jahren erlitt die Asháninka-Bevölkerung die brutale Zeit des schmutzigen Krieges zwischen Leuchtendem Pfad und Militär mit über 6.000 Toten und ca. 10.000 internen Flüchtlingen. Familien wurden auseinander gerissen und blieben auch noch häufig nach Kriegsende getrennt, weil die Jüngeren an ihren Zufluchtsorten, Städten im Regenwald, blieben und nicht mehr in ihre, meist zerstörten, Dörfer zurückkehrten. Dort wurde – unter anderem wegen der Abholzung - die Selbstversorgung immer schwieriger und so müssen heute Lebensmittel (zu)gekauft werden. Die armen Alten aber verfügen kaum über Geld, können sich aus dem Wald nicht mehr versorgen und leben so in einer prekären Situation. Die Nachbarn sind auch arm und manchmal kümmert sich sogar die eigene Familie wenig um die Großeltern. Die Alten fürchten, ihren Familien zur Last zu fallen.

RENTE 65

In Peru haben bedürftige alte Menschen ab 65 Jahren Anspruch auf eine gesetzliche Mindestrente. Wenn ihnen diese zuerkannt wird, kommen sie auch in den Genuss des staatlichen Gesundheitsdienstes, und nach ihrem Tod stehen bis 1.500 Soles (ca. 500,- €) für ihre Beerdigung zur Verfügung... WENN die Voraussetzungen erfüllt sind. Dieses WENN hat es in sich.

ERREICHTE ERGEBNISSE

(Stand Januar 2015):

35 Senioren (18 Frauen - die älteste ist 80, 17 Männer - der älteste 84 Jahre alt) erhalten ihre Mindestrente von monatlich 125 Soles (ca. 40,- €) und Zugriff auf den staatlichen Gesundheitsdienst.

Für weitere noch nicht ganz 65-jährige Personen ist alles vorbereitet; sie müssen warten, bis sie in den Genuss der Rente 65 kommen.

Die alten Menschen leben jetzt besser. Sie müssen nicht mehr hungern, sondern können ein- bis zweimal täglich essen. Sie leben ruhiger. Für sie ist das Ziel, das Menschenrecht auf Gesundheit und Nahrung umzusetzen, näher gekommen. Sie grüßen und segnen diejenigen, die sie unterstützt haben.

SCHWIERIGKEITEN & BARRIEREN

(Aus dem Arbeitsbericht der Projektverantwortlichen J. Munoz)

Von der Geburtsurkunde zum Rentenbescheid

1. Anträge schreiben und Nachhaken bei der Provinz- oder Distriktverwaltung. Antrag auf Erteilung einer Bestätigung, dass die betreffende alte Person keine Geburtsurkunde hat. Eine Geburtsurkunde muss aber her. Beibringen eines „Beweises“ der Existenz dieser Person, z.B. Einträge im Schulregister, Taufregister o. ä. Das ist besonders schwierig und aufreibend, wenn bei der Zerstörung ganzer

Dörfer durch den Leuchtenden Pfad alle Archive vernichtet worden sind. In diesem Fall müssen 15 Personen mit ihrer Unterschrift bestätigen, dass die Person, um die es geht, existiert und den angegebenen Namen trägt. Diese Unterschriften müssen im Dokumentenbuch der Gemeinde festgehalten und bei der zuständigen Verwaltungsbehörde eingereicht werden.

Der / die Betroffene muss eine eidesstattliche Erklärung abgeben, dass und warum er/sie keine Geburtsurkunde oder keinen Personalausweis hat. Dafür benötigen die asháninka-sprachigen Personen, die kaum spanisch sprechen oder schreiben Unterstützung. Darüber hinaus muss eine Kopie der Geburtsurkunde/des Personalausweises z.B. eines Kindes oder Geschwisters vorgelegt werden. Erst wenn diese Prozeduren erfolgreich waren, konnten die alten Menschen zum Einwohnermeldeamt in der Provinzhauptstadt gefahren werden, um ihre Geburtsurkunde zu erhalten.

2. Diese Geburtsurkunde war Voraussetzung dafür, den nächsten Schritt in Richtung Rentenberechtigung zu tun: sich einen Personalausweis ausstellen zu lassen. Dafür wurden im Rahmen des Projekts gemeinsame Fahrten zum Regionalbüro des Einwohnermeldeamtes (RENIEC) organisiert, wo wieder stundenlanges Schlange stehen angesagt war.

Im Büro von RENIEC wird prinzipiell jedes Schriftstück „dreimal umgedreht“ um einen kleinen Fehler zu finden, der gegen eine kleine „Aufmerksamkeit“ übersehen werden kann. Wenn es einen kleinen Fehler gibt und dieser nicht mit einer kleinen „Aufmerksamkeit“ beglichen wird, erhält man alle Papiere unerledigt zurück. Ist alles in Ordnung, müssen zwei Personen die Identität des Antragstellers persönlich bezeugen (Man muss also immer Gruppenreisen organisieren).

Nach einem Monat heißt es nachzuhaken, wo der Personalausweis bleibt. Auch hier würde eine „finanzielle Aufmerksamkeit“ beschleunigend wirken – kommt natürlich nicht in Frage. Es dauert bis zu 3 Monaten, dass die Projektleiterin als Bevollmächtigte der Alten die Personalausweise erhält.

3. Mit dem Personalausweis geht es dann zum Büro des Nationalen Gesundheitsdienstes. Auch dort wieder lange Warteschlangen. Aber die Daten werden in das Gesundheitsregister übertragen.
4. Nächste Station ist das Büro „Rente 65“. Nochmals heißt es: Formulare ausfüllen und die übliche Prozedur. Dann muss mindestens ein Funktionär des Büros „Rente 65“ ins Dorf des oder der Betroffenen, d.h. berechtigten Asháninka, fahren, die Person daheim fotografieren und ihre Fingerabdrücke nehmen und alles in das Hauptbüro von Rente 65 in der Hauptstadt Lima zu schicken. Das Provinzbüro Rente 65 hat aber kaum eigene Mobilitätsmöglichkeiten, weshalb unser Projekt die Fahrten mit ihnen in die Dörfer gemacht und das Benzin bezahlt hat!
Nach weiteren 1-3 Monaten kommt endlich der Rentenbescheid.

ANMERKUNGEN:

Dieser bürokratische Aufwand wird u.a. damit begründet, dass diese alten Asháninka ja zu den Terroristen des Leuchtenden Pfades – damals – gehört haben könnten.

Das Projekt war enorm zeitaufwendig.

Pro „Fall“ waren fünf bis sieben Reisen in die Dorfgemeinschaften der Betroffenen bzw. Fahrten mit ihnen zu den o.g. Büros notwendig. Es handelte sich um die Dörfer: Arizona Portillo, Yavirironi, Santa Rosa de Panakiari, Bajo Capiri, Boca del Chenic, Pitocuna, Tsomontonari, Pueblo Joven Pitocuna und San Juan de Cheni. Mal konnten drei alte Leute mitgenommen werden, aber das war nicht immer möglich.

Es war auch notwendig, sie in der Zeit des Wartens in der Distriktstadt zum Essen einzuladen und etwas zum Trinken zu kaufen.

Bei zwei Gelegenheiten war es nötig, die Alten in einer Pension in der Distriktstadt unterzubringen, weil die Rückfahrt am gleichen Tag nicht möglich war. Mit viel Einsatz wurde erreicht, dass die Behörde RENIEC auf die Kosten für die Erstellung des Personalausweises verzichtet. Das damit eingesparte Geld wurde dann für Essen und Getränke bei all den bürokratischen Schritten ausgegeben. Die wichtigen endgültigen Entscheidungen fielen in der Regionalhauptstadt Huancayo (in den Anden) und in der Hauptstadt Lima. Deshalb waren die Telefon- und Internetkosten sehr hoch, wurden aber von der Projektkoordinatorin nicht extra berechnet, sondern im Rahmen ihres Honorars übernommen. Diese Reisen fielen in die Zeit des Wahlkampfes für Bürgermeisteramt und Stadtrat. Vorher war mit den Bürgermeistern in Rio Negro und Pichanaki ausgemacht, dass ihr Beitrag zum Projekt in der Bereitstellung von Auto oder Benzin liege. Aber all das war in der Hitze des Wahlkampfes vergessen. PKW und Benzingelder im Haushalt wurden für die Wahlkampffahrten eingesetzt. Erschreckend war die Erfahrung, wie uninformiert die Funktionäre über all die Hürden waren, die zur Erreichung der Mindestrente zu überwinden sind, und auch das Desinteresse, d.h. „Arbeit nach Vorschrift“. Auch hat sich herausgestellt, dass die „Standesbeamten“ in den kleinen Asháninka-Dörfern (das Projekt wurde von München unterstützt) mit einer solchen Sache total überfordert waren. Hier fehlt eine weitere Fortbildung.. Ein Großvater hat die Mindestrente nicht mehr bekommen. Er starb vorher. Aber: So ist das Leben. Er war beruhigt, dass seine Beerdigung bezahlt wurde.

(Rio Negro, Jhenny Muñoz Hilares)

ANMERKUNG zum Geldeinsatz:

Das Projekt wurde von München mit 3.850,- € (= 11.550,- Soles) unterstützt
Wenn pro Person 125 Soles monatlich ausgezahlt werden, sind das 1.500 Soles pro Jahr.
Für 35 Personen wären es 52.500,- Soles im Jahr (wenn alles klappt).
Das wäre dann ein „Output“ von ca. 40.950 Soles in einem Jahr.
(Also hat es sich auch deshalb „gelohnt“).
Recht vor Almosen.

Zusammenstellung und Übersetzung: Heinz Schulze